

Erzgeb. Volksfreund.

Tageblatt für Schneeberg und Umgegend.

Amtsblatt für die kgl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johannsgeorgenstadt, Löbnitz, Menstädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildenfels.

Telegramm-Adresse: Volksfreund Schneeberg.
Fernsprecher: Schneeberg 10.
Aue 81.
Schwarzenberg 19

Nr. 176

Dienstag, den 1. August 1905.

58. Jahrg.

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach dem 24. und 31. Dezember. Abonnement monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.70, halbjährlich 3.20, jährlich 6.00. Einzelhefte 1 Pfg. Im amtlichen Zeit der Wochenscheine 45 Pfg., im Rest-Zeit 2 Pfg. Sonntagshefte 30 Pfg.

Unterlagen-Behälter für die am Nachmittage erscheinende Nummer bis Mitternacht 11 Uhr. Das Material für die nächste Nummer der Wochenscheine bis an den vorletzten Tag vor dem Erscheinen der Nummer nicht mehr zu liefern. Die Wochenscheine sind abzugeben und zu bezahlen. Die Wochenscheine sind abzugeben und zu bezahlen. Die Wochenscheine sind abzugeben und zu bezahlen.

Mit Genehmigung der Königl. Kreisbauhauptschaft zu Zwickau ist das Förstlerwohnhaus Nr. 4, das Waldwärterwohnhaus Nr. 15 und das Flurstück Nr. 63 für Tellerhäuser aus dem Standesamtsbezirk Oberwiesenthal ausgezogen und mit dem Standesamtsbezirk Tellerhäuser vereinigt worden.
Schwarzenberg, den 26. Juli 1905.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses zu Schwarzenberg

findet **Mittwoch, den 9. August 1905** von nachmittags 3 Uhr an im VerhandlungsSaale der unterzeichneten Königlichen Amtshauptmannschaft statt.
Schwarzenberg, den 27. Juli 1905.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Neustädtel. Grundsteuer.

Die am 1. August d. J. fällige Grundsteuer für den II. Termin 1905 und der zur Deckung des Bedarfs des Landeskulturrats in diesem Jahre mit zu erhebende Zuschlag nach 0,4 Pfennig für jede beitragspflichtige Grundsteuer-Einheit ist spätestens bis **15. August d. J.** bei Vermeidung der zwangsweisen Beitreibung an unsere Stadtsteuereinnahme zu bezahlen.
Neustädtel, den 31. Juli 1905.

Der Stadtrat.
i. P.: H. Rud. Schönmeyer.

Löbnitz.

Die Abteilungsliste der stimmberechtigten Urwähler der Stadt Löbnitz zur Wahl für die zweite Kammer der Ständeversammlung im 17. städtischen Wahlkreise liegt auf Anordnung des Königl. Ministeriums des Innern vom **10. bis einschließlich 12. August d. J.** an unterzeichneter Stelle öffentlich aus.
Einsendungen gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Liste sind, bei Verlust derselben, binnen 3 Tagen nach Ablauf der obenbezeichneten Frist schriftlich oder mündlich hier anzubringen.
Rat der Stadt Löbnitz, am 29. Juli 1905.

Bebauungsplan.

Die Baufluchtlinien der Straße K — Verlängerung der Bismarckstraße, zwischen Schneebergerstraße und Niederschlemaer Weg — sind um 85 cm nach Nordwesten verdrückt worden.

Wochenschau.

Schneeberg, 30. Juli.

Noch immer scheint sich die Welt von der Ueberraschung, welche ihr durch die Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit dem Zaren bereitet worden ist, nicht erholen zu können. Noch immer setzt insbesondere die englische Presse die willkürlichsten Erfindungen darüber in die Welt. Kaum gibt es irgend eine augenblicklich brennende Frage, welche nicht nach ihrer Behauptung den Gegenstand der Beratungen der beiden Monarchen gebildet hätte. Eine sichere amtliche Auskunft über die Angelegenheiten, welche in Wahrheit bei der Zusammenkunft der beiden Kaiser zur Sprache gekommen sind, fehlt aber noch heute, und sie wird wohl auch schwerlich so bald erfolgen. Es liegt ja auf der Hand, daß die Unterredungen, welche ohne Hinzuziehung der verantwortlichen Staatsmänner stattfanden, einen rein familiären und freundschaftlichen Charakter getragen haben. — Wer irgend sich noch Zweifel über den blinden Deutschenhaß eines großen Teils der öffentlichen Meinung Englands hingab, hat jetzt Gelegenheit, sich zu überzeugen, daß die Feindseligkeit gegen das Deutsche Reich jenseits des Kanals viel tiefer sitzt und viel weitere Kreise erfährt hat, als man annehmen konnte.

Es hat beinahe den Anschein, als ob die Abneigung gegen Deutschland noch stärker wäre als die Gegenseite, welche in neuerer Zeit die wichtigsten Parteien Englands teilen. Eben noch konnte man zu dem Glauben neigen, als wenn das Kabinett Balfour trotz der großen Mehrheit, über die es im Parlamente verfügt, ernstlich erschüttert sei. Es zeigte sich immer deutlicher, daß die Gruppen, welche die ministeriellen Abgeordneten ins Unterhaus entsandt haben, nicht mehr die Mehrheit in den einzelnen Bezirken besitzen. Wo immer eine Nachwahl stattfand, siegte trotz der Zersplitterung innerhalb der liberalen Partei ihre Vertreter. Nicht genug damit, hatten die Freis, welche lange Zeit das Kabinett Balfour unterstützten, immer schroffer gegen dieses Front gemacht, als sich zeigte, daß das gegenwärtige Ministerium die Beschränkung der Zahl der irischen Abgeordneten ernstlich plante. Das bedenklichste war, daß neuerdings sich auch die Anhänger Chamberlains gegen die Regierung, die ihnen nicht energisch genug gegen die Freihandelspolitik vorgeht, auflehnten und Balfour im Parlamente ins Stich ließen. Schon träumte daher die Opposition von Auflösung des Hauses, Neuwahl und Sturz des Ministeriums. Da scheint die Nachricht von der Kaiserzusammenkunft im Handumdrehen die Laue verschoben zu haben. Mit großem Geschick hat die ministerielle Presse der öffentlichen Meinung einzureden gewußt, daß

Deutschland, nicht zufrieden mit dem gegen England und Frankreich in der Marokkofrage geführten Schlage, nun die Verlegenheiten Rußlands auszunutzen beabsichtige, um seine Unterstützung gegen die Westmächte zu gewinnen. Dem leichtgläubigen und unwissenden Publikum ist dadurch eine solche Furcht vor angeblichen kriegerischen Plänen Deutschlands eingejagt und gleichzeitig die Ueberzeugung beigebracht worden, daß nur das gegenwärtige Kabinett England hiergegen genügend zu schützen vermöge, daß mit einem Schlage seine Stellung neu gefestigt worden ist. Die Chamberlainleute haben sich demüthig entschuldigt und neue Herfolge angeboten. Der Bestand des Ministeriums ist damit bis auf weiteres neu gesichert. Wenn man sich freilich in England einbildet, daß hierdurch Deutschland eine arge Enttäuschung bereitet worden sei, und daß man hier großen Wert auf den Sturz Balfours lege, so entspricht das in keiner Weise der Wahrheit. Verschiedene Wortführer der liberalen Parteien haben seit langem ebenso deutsch-feindliche Bemerkungen an den Tag gelegt wie ihre Gegner. Die Erfahrung hat auch gezeigt, daß Deutschland im Allgemeinen mit konservativen Regierungen in England besser auskommen ist als mit liberalen. In Wahrheit steht man daher hier dem englischen Parteikampf sehr gleichmüthig gegenüber und erblickt das Wesentliche nicht darin, ob Balfour oder Campbell-Bannerman am Ruder ist, sondern daß man die Schlechwege der englischen Politik stets genau im Auge behalten kann und sich in der Lage befindet, heimtückische Anschläge — von welcher Seite sie auch kommen — rechtzeitig zu vereiteln.

In der Marokkofrage sind die Schwierigkeiten, die eine Verzögerung der endgültigen Vorschläge Frankreichs in Sachen des Konferenzprogramms verursacht hatten, auf bestem Wege, namentlich überwunden zu werden. Nach dem augenblicklichen Stande der Verhandlungen ist die Annahme zu rechtfertigen, daß das französische Memorandum in dem Augenblicke, in dem diese Zeilen erscheinen, der deutschen Regierung bereits zugestellt sein wird. Dieses Memorandum wird die Wünsche der französischen Staatslenker zusammenfassen. Die französische Regierung ist von der Hoffnung geleitet, daß Deutschland ihren Vorschlägen möglichst umfassend zustimmen möchte, damit der Sultan von Marokko alsdann in die Lage kommt, sie wiederum den anderen Mächten mitzuteilen. Es hängt natürlich von der näheren Prüfung dieser französischen Vorschläge ab, ob man eine solche Zustimmung in Berlin aussprechen kann. In dem Augenblicke, in dem der Sultan die Vorschläge Deutschlands und Frankreichs zur Kenntnis erhalten wird, dürfte es dann auch nicht mehr möglich sein, Marokko vorzuspiegeln, diese beiden Mächte hätten eine Verständigung getroffen, durch die dem Sultan jede Aktionsfrei-

Dieser Fluchtlinienplan liegt von heute ab auf die Dauer von 4 Wochen in unserem Stadtbauamt, Zimmer 8, öffentlich aus.
Widerprüche gegen diesen Plan sind bei deren Verlust innerhalb der 4wöchentlichen Frist nach Beginn der Auslegung zu erheben.
Aue, den 31. Juli 1905.

Der Rat der Stadt.
Dr. Kreyschmar, Præs. Enders.

Hartenstein.

Anordnungsgemäß wird der nachstehend abgedruckte, seitens der Königl. Bezirksschulinspektion Zwickau II mittels Decretes vom 18. ds. Mts. genehmigte I. Nachtrag zur Localschulordnung der Schulgemeinde Hartenstein hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.
Hartenstein, am 29. Juli 1905.

Der Schulvorstand.
Bürgermeister Forberg, Vors.

I. Nachtrag zur Local-Schulordnung für die Schulgemeinde Hartenstein.

Im Abschnitt X. sind im 2ten Absätze die Worte „mit Schluß der planmäßigen Unterrichtsstunden“ nach Sonnabend vor der Festwoche zu streichen, dagegen aber sind dieselben Worte dem 3ten Absätze anzufügen.
Hartenstein, den 5. Juli 1905.

Der Schulvorstand.
Bürgermeister Forberg, Vors.

Nachdem vorstehender Nachtrag genehmigt worden ist, wird hierüber dieses Decret erteilt.
Zwickau, den 18. Juli 1905.

Die Königl. Bezirksschulinspektion II.

785b IV. L. S. Dr. Schnorr von Carolsfeld. L. S. Dr. Scharf

Versteigerung.

Mittwoch, am 2. August 1905, Nachmittags 4 Uhr sollen in **Staden** an Ort und Stelle folgende ansehende Feldstücke, als:
6 Ader Hafer,
1/8 „ Weizen,
1/8 „ Roggen,
1/8 „ Futter (Widen),
23 Zeilen Frühkartoffel,
49 „ Kraut und überdies
50 Zentner Heu
öffentlich um das Meistgebot gegen Barzahlung versteigert werden.
Sammeln der Bieter im Weidhorn'schen Restaurant zu Oberzschanden.
Hartenstein, am 29. Juli 1905.

Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.

heit genommen würde. Nicht minder würde dadurch die Behauptung, welche die Organe des französischen Einflusses in Marokko, vorab die dort erscheinenden französischen Blätter, verbreiten, daß nämlich der eigentliche Zweck der Konferenz sei, Frankreich ein europäisches Mandat im Scharifischen Reich zu übertragen, ihre Widerlegung erfahren. Allen diesen auf Verdächtigung zielenden Voraussetzungen wäre der Boden entzogen, sobald der Sultan das von Deutschland und Frankreich genehmigte Programm erst in Händen hielte. Was den Ort anlangt, an dem die Konferenz zusammentreten soll, so steht bisher noch nichts fest. Jedensfalls sind die Ausichten für Tanger nicht geringer geworden.

Die Auseinandersetzung zwischen Schweden und Norwegen wegen Auflösung der Union ist in den letzten Tagen mit schnellen Schritten vorwärts gegangen. Die Art und Weise, in welcher von Norwegen unter Aufschußung des eigenen „Grundrechts“ die Postrennung von Schweden beschlossene worden ist, erregte in Schweden allgemeine Erbitterung, ja, es wurde die Ansicht laut, durch den Bruch des Unionsvertrages vonseiten Norwegens sei dieser Vertrag völlig beseitigt und es trete nun das Verhältnis von 1814 vor Abschluß der Union ein, als Norwegen durch die Mächte als eroberte Provinz an Schweden gegeben wurde. An eine gewaltsame Geltendmachung dieses staatsrechtlich nicht ohne weiteres zu verwerfenden Standpunktes denkt allerdings in Schweden kaum jemand, wenn man auch in Norwegen im Bewußtsein seines Unrechts militärische Maßnahmen vorbereitet hat. Dagegen berief die schwedische Regierung den Reichstag zu einer außerordentlichen Sitzung ein und legte ihm einen königlichen Vorschlag vor, in welchem der Regierung Vollmacht erteilt wurde, mit Norwegen wegen der Auflösung der Union zu verhandeln. Der Vorschlag wurde vom Reichstage mit fast einmütiger Erbitterung aufgenommen, immerhin aber in beiden Kammern zur Beratung an Ausschüsse verwiesen. In diesen wurde indeffen ein Gesetzentwurf vorgelegt, dessen Kernpunkt es war, daß die Regierung erst dann zu Verhandlungen mit Norwegen ermächtigt werden solle, wenn entweder ein neu gewähltes Storting oder eine Abstimmung sämtlicher stimmberechtigter Norweger die Absicht der Loslösung von der Union bestätigt haben würde. Ein Reihe von Bedingungen wurde ferner aufgestellt, von deren Annahme der Reichstag seine spätere Zustimmung zur Lösung der Union abhängig machte.

Das schwedische Ministerium zog aus diesen Beschlüssen die Konsequenz; es trat zurück. Und auch das norwegische Ministerium brümete sich ihnen an. Es brachte bereits am Tage nach der Annahme des Gesetzentwurfes im schwedischen Reichstage seinerseits im Storting den Gesetzentwurf betreff